

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

290 (14.12.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE 50 JAHRE MELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
setzung und Stellenanzeige 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des
Zeitungsteiles, bei geschäftlicher Betriebung und bei Anstaus außer Kraft tritt. C. Fröhling
und Co. Karlsruher L. B. o. Schloß der Kaiserin-Residenz 4 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander-
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. C.
Fröhling und Co. Karlsruher L. B. o. Schloß der Kaiserin-Residenz 4 Uhr vormittags. 2020/2021 o. Volkstreu-Beilagen
Dursch, Hauptstr. 6. D. - Baden. Jagdhausstr. 12. Rufamt, Rotenb. 2. Offenburg, Hauptstr. 8

Nummer 290

Karlsruhe, Montag, den 14. Dezember 1931

51. Jahrgang

Die Gewerkschaften bei Stegerwald

BRN. Berlin, 12. Dez. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald empfing heute die Vertreter der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die um eine Befreiung über den sozialpolitischen Teil der Notverordnung und die Senkung der Warenpreise nachgedacht hatten. Dabei wurde von gewerkschaftlicher Seite hervorgehoben, daß der Termin des 10. Januar 1927 nicht als unabänderliche Zwangsfrist betrachtet werden könne, daß die Notverordnung nach Auffassung der Gewerkschaften vielmehr so gesehen werden müsse, daß es ungeachtet dieses Termins, Arbeitgeber und Arbeitnehmer erlaubt sein müsse, sich durch freie Vereinbarung über ein höheres Niveau zu einigen. Der Schlichter müßte den ihm in der Verordnung gelassenen Spielraum jedenfalls ausnützen, um Härten zu beseitigen.

Am Montag sollen die Gewerkschaftsvertreter auch vom Reichsfinanzminister empfangen werden.

Brüning zur Schuldenfrage

In einer Erklärung an das Jahresbankett der amerikanischen Handelskammer in Berlin betonte Reichsfinanzminister Brüning, daß nur wirtschaftlicher Ueberdruck Deutschlands Schuldensituation aus Auslandsmöglichkeiten mache. Deshalb müsse man uns entweder exportieren lassen, und dann könnten wir bezahlen, oder man hindere uns daran, dann sei es mit den Zahlungen politischer Schulden vorbei. Im weiteren Verlauf der Rede kommt Dr. Brüning auf Vorwürfe gerade aus der amerikanischen Öffentlichkeit zu sprechen, als ob Deutschland leichtfertig Anleihenpolitik treibe. An Anleihen seit 1924 bis 1930 seien für 18 1/2 Milliarden in- und ausländische Anleihen aufgenommen worden, an denen die Länder und Gemeinden mit etwa 12 Prozent beteiligt seien. Davon seien nur 265,2 Millionen für Kunst und Wissenschaft um verwendet worden. Zu dem sei bei der Vergabe von Anleihen stets der Verwendungszweck genannt worden. In der Annahme, daß damals schon der Aufstieg der wirtschaftlichen Entwicklung beginne, habe man sich eben gemeinsam getäußt.

Weiterhin erklärte Brüning in seiner Erklärung: Es wurde in allen Ländern die

Auffassung verbreitet, daß man mit der Fortsetzung des Anstiegs wirtschaftlicher Entwicklung rechnen könne,

wie er vor dem Kriege ein Menschenalter hindurch bestanden hatte. In Erwartung eines solchen Anstiegs erschien die Gewährung solcher Anleihen für Gläubiger und Schuldner ein tragbares Risiko zu sein. Wir haben uns

darin gemeinsam getäußt

und nicht einer den andern.

Der jährliche Zuwachs an Erwerbstätigen in Deutschland habe es notwendig gemacht, neues Kapital zu investieren. Die Schwäche des deutschen Kapitalmarktes infolge der Inflationzeit habe dazu geführt, daß man dieses Kapital aus dem Ausland holte.

Bis zum Jahre 1928 fand die Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige Anleihen aus regelmäßige statt. Als sich dann neue Reparationsverhandlungen am Horizont abzeichneten, war diese Umwandlung nicht mehr zu erzielen. Als die Verhandlungen über die Neuordnung der Reparationen im Frühjahr 1930 zum Abschluß gekommen waren, war

das wirtschaftliche Gesicht der Welt ein anderes geworden. Die Krise, vorher auf einzelne überseeische Absatzländer beschränkt, hatte

die großen Industriestaaten ergriffen, die Kapitalmärkte vermisst. Mit der erwarteten Konsolidierung war es auf lange Zeit vorbei. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten blieben bestehen und bilden noch heute ein ständiges Moment der Weltwirtschaft, das die Wiedergesundung der Welt verbindert.

Amerika für Schuldenerleichterung jedoch nicht für Schuldenerhöhung

Washington, 13. Dez. In der Erklärung, die Finanzminister Mellon gestern Abend im Kongreß abgab, heißt es u. a., die Regierung wolle sich nicht einer Streichung der Schulden. Es sei jedoch Pflicht der Regierung, den Tatsachen Rechnung zu tragen und es müsse festgestellt werden, daß einige unserer Schuldner nicht ihrer vollen Zahlungspflicht gegen Amerika genügen können, bevor wir wirtschaftliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erneuerung durchzuführen seien. Selbst die Zahlungsfähigkeit Englands habe sich verändert. Amerika müsse den veränderten Umständen in Europa Rechnung tragen. Es dürfe nicht auf dem Buchstaben der Zahlungspflicht bestehen, sondern müsse den Tatsachen Rechnung tragen.

Schuldenzahlung in Silber gestattet?

Washington, 13. Dez. Der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Smoot, setzte Hoover davon in Kenntnis, daß er eine Vorlage einbringen werde, nach der die Zahlung ausländischer Schulden in Silber zum Marktwert gestattet sein soll.

Auf der am Samstag stattgefundenen Generalversammlung der Arbeitervereine ist Generaldirektor Kläcker, der dem Zentrum nahesteht, überraschend optimistische Töne an. Er begrüßte die Frachtenentung. Im übrigen habe er, Kläcker, das Gefühl, daß Deutschland den tiefsten Punkt der Wirtschaftskrise erreicht hätte und man vielleicht schon im Spätherbst oder Sommer an etwas erträglichere Verhältnisse denken dürfe, zumal, wenn es gelingen werde, die Reparationsfrage zu erledigen und das Stillhalteabkommen in Form zu bringen, die auch eine wesentliche Ermäßigung der Zinsen mit sich bringe.

Polizeiwachmeister protestieren

Preußens Polizeimannschaften gegen den volksfeindlichen Geist der Polizeioffiziersvereinigung

Der Verband Preussischer Polizeibeamten (Schradler-Verband) hat am Samstag dem Minister Severing folgende Entschiedenheit überreicht:

„Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hat an den Herrn Minister des Innern in der Sache demit eine Entschiedenheit gerichtet, die nach Form und Inhalt der Tendenz entspricht, die diese Vereinigung in ihrer Tätigkeit bisher offen vertreten hat. Sie bedeutet eine Steigerung gegenüber den bisherigen Eingaben und Stellungnahmen der Vertreter dieser Vereinigung gegenüber dem Ministerium des Innern und ist u. a. als Auswirkung des besonderen Entschlusses zu werten, das dieser Vereinigung von Seiten des Ministeriums des Innern entgegengebracht worden ist. Nach unumwunden gebliebenen Presse-meldungen ist der Forderung einer Gruppe der Vereinigung, in ihrer Zeitschrift das Wort „Republik“ nicht mehr zu gebrauchen, sofort entsprochen worden.“

Die Vereinigung der Polizeioffiziere erstrebt die Aufrichtung einer Kunst zwischen den Führern und Geführten, die Beseitigung der Koalitionsfreiheit der Polizeibeamten und die Entziehung der staatsbürgerlichen Rechte; sie strebt diese Bestrebungen in die Forderung „Entpolitisierung der Polizei“. Sie verfolgt hiermit das Ziel, die große Masse der Polizeibeamten von der Volksgemeinschaft zu trennen und sie nur den Einflüssen der Vorgesetzten allein auszuliefern, deren Einstellung in der gegen den Herrn Minister des Innern gefaßten Entschiedenheit deutlich zum Ausdruck kommt. Die gleichzeitige Weitergabe der Entschiedenheit an die Presse entspricht

einem Beschluß dieser Vereinigung. Leider haben die Mitglieder der Polizeioffiziersvereinigung diese vorher gefasste Entschiedenheit ihrer Führung gebilligt.

Wenn einzelne Polizeioffiziere von dem Vorgehen ihres Vorstandes erst jetzt aus Ueberzeugung abtrüben, so ist es ein deutlicher Beweis dafür, welchen nachteiligen Einfluß diese Vereinigung durch die in leitenden Stellungen sich befindlichen Mitglieder auf die Laufbahn der übrigen Polizeioffiziere durch ihre Qualifikationsbefugnisse bisher ausüben konnte.

Wenn in der Entschiedenheit der Polizeioffiziersvereinigung ganz besonders darauf hingewiesen wird, daß die Polizeioffiziere mit ihrer Stellungnahme sich eins wissen mit der Masse der Polizeiwachmeister, so ist dies ein Beweis für die der Polizeioffiziersvereinigung eigene Ueberheblichkeit und deren Machtgefühl.

Die Polizeiwachmeister (S.W.) lehnen es ab, als Stütze staatspolitisch zweifelhafter Bestrebungen zu dienen. Der Verband Preussischer Polizeibeamten, in dem 80 000 preussische Polizeibeamte aller Dienstgrade und Dienstweige organisiert sind, legt gegen diese Annahme der Polizeioffiziersvereinigung ganz entschiedene Verwahrung ein. Der Verband hat sich stets bei all seinen Tagungen aus innerster Ueberzeugungstrenne zu diesem Stand, der auf der Weimarer Verfassung aufgebaut ist, bekannt und erklärt, daß er von der Tendenz den Zielen und der Entschiedenheit der Polizeioffiziersvereinigung entschieden abtrübt und nach wie vor in dieser für Deutschland sowohl innen wie außenpolitisch schmerzlichen Zeit mit vollstem Vertrauen zur preussischen Regierung und insbesondere zu Minister Severing steht.“

Wohin führen Zollabschnürungen?

Deutsch-schweizerische Handelsvertragsverhandlungen abgebrochen

BRN. Berlin, 12. Dez. Im Zusammenhang mit dem gestern erfolgten Abbruch der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren wir, daß am 18. Dezember die Kündigung des Vertrags von der Schweiz ausgesprochen werden wird, so daß der Vertrag am 4. Februar 1932 außer Kraft tritt. Die Wünsche der Schweiz, die bereits im Februar 1931 übermittelte worden waren, gingen dahin, die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz durch eine allgemeine Kontingentierung zu beschränken.

Der Handelskonflikt zwischen der Schweiz und Deutschland der unter Umständen dahin führen wird, daß die Schweiz den bestehenden Handelsvertrag mit Deutschland zum 4. Februar 1932 kündigt, hat grundsätzliche Bedeutung. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die französische Industrie hinsichtlich des deutsch-französischen Handelsvertrages ähnliche Forderungen aufgestellt hat, wie sie von der Schweiz in den Verhandlungen mit Deutschland erhoben wurden. Es ist nicht zu leugnen, daß sich der deutsch-schweizerische Warenverkehr in den letzten Monaten zu Ungunsten der Schweiz entwickelt hat. Das ist aber eine natürliche Folge der Kapitalbeschränkungen. Die Schweiz ist gegenüber Deutschland Gläubigerland, Deutschland der Schweiz gegenüber Schuldnerland. Die Kapital- und Zinsforderungen können aber nur durch Warenlieferungen ausgeglichen werden. Dadurch erklärt sich der steigende Ausfuhrüberschuß Deutschlands gegenüber der Schweiz. Die Handelsbilanz, auf die sich die Schweizer in den Verhandlungen mit Deutschland immer wieder berufen, gibt auch ein nur ungenaues Bild von den Beziehungen der beiden Länder. Sie bezieht sich nicht auf die Zahlungsbilanz.

Sie liegen die Dinge so, daß jährlich Riesenzüge von deutschen Touristen nach der Schweiz gehen, die dort ihr Geld lassen. Es ist unbestritten, daß der deutsche Fremdenverkehr der Schweiz jährlich etwa 80 bis 100 Millionen Schweizer Franken erbringt. Das ist einer der wichtigsten Faktoren mit, daß die deutsch-schweizerische Zahlungsbilanz für Deutschland passiv ist.

Diesen Vorstellungen konnten sich die Schweizer natürlich nicht verschließen. Sie betonten aber in den Verhandlungen immer wieder ihre Pflicht, die heimische Industrie zu schützen. Von diesem Gesichtspunkt aus haben sie auch ihre Forderungen begründet, die dahin gehen, daß ungefähr 70 Positionen, die im deutsch-schweizerischen Handelsvertrag gebunden sind, freigegeben werden und daß man die Einfuhr wichtiger deutscher Einfuhrabfahrate nach der Schweiz auf bestimmte Mengen begrenzt, also kontingentiert.

Dies liegt die grundsätzliche Seite der ganzen Angelegenheit. Wenn Deutschland diesen Wünschen entsprechen wollte, würde es sein ganzes handelspolitisches System preisgeben. Ganz abgesehen von der Frage, ob man das System der Meistbegünstigung für alle Zukunft halten kann oder nicht, muß festgestellt werden, daß der deutsche Export dadurch gefährdet wird. Wenn Deutschland in den letzten Monaten Riesenausfuhrüberschüsse im Außenhandel erzielt hat, dann ist das kein Zufall. Das beruht eben auf der Verdrängung Deutschlands. Für Deutschland gibt es keine andere Wahl, als seine Schulden mit Waren abzusahlen. Einen anderen Weg, sich ehrlich von Schulden zu befreien, hat noch keiner gezeigt. Wird also der Export Deutschlands durch handelspolitische Veränderungen unterbunden, dann gefährden die Gläubigerländer selbst die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. In diesem Punkt hängen die handelspolitischen Verhandlungen sehr eng mit den Verhandlungen über die Reparationen und über die kurzfristigen Schulden zusammen.

Politisches Stimmungsbarometer

Das Elendsgebiet im Frankenwald gibt den Hakenkreuzlern eine Abjage

SPD. München, 12. Dez. (Eig. Bericht.) Das Ergebnis der Ergänzungswahlen zum Bezirksrat im Bereich des aufgelösten Bezirksamts Leuschnitz in Oberfranken liegt jetzt vor. Diesen Wahlen kam deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil dabei die Probe gemacht werden konnte, ob die Hakenkreuzlerische Hege auch in diesem wirtschaftlichen Elendsgebiet die Vernunft und das klare Denken der Arbeitergehirne jenseit hat. Im Frankenwald sind die Voraussetzungen für politische Erfolge gewissermaßen demagogisch gegeben: Arbeitslosigkeit in riesigem Umfang und von entsetzlicher Beständigkeit, Not ohne Aussicht und Elend ohne Maß. Darum trömmelten die Hakenkreuzler dort wochenlang Generalsturm, darum überschätzten sie das kleine Gebiet mit fast hundert Versammlungen, denn — so argumentierten sie — wo große Not herrscht, kriecht sich Verweilung fest und wo Verzweiflung von den Menschen Besitz nimmt, hört das nützlichste Denken auf. Wo aber das Denken aufhört, beginnt der Nationalsozialismus.

Die Wahlentscheidung hat diese spitzbüßigen Rom-

inationen zunichte gemacht und bewiesen, daß die Bäume politischer Freibeuter nicht in den Himmel wachsen. Die mit allen Mitteln der Lüge, der Gehässigkeit und Niedertracht bekämpfte Sozialdemokratie blieb im Gesamtergebnis weitaus an der Spitze. Sie erhielt 3157 Stimmen, die Bayerische Volkspartei 2155, die Nazi-partei 2133, die KPD 1239 und die Bürgerliche Sammelvereinigung 442.

Die Wahlbeteiligung war mit 9126 gegen 10 855 nicht unerheblich kleiner als bei der Reichstagswahl 1930. Daher erlitten alle Parteien Stimmenverluste, sie betragen bei der Bürgervereinigung 39,1 Prozent, bei der Bayerischen Volkspartei 21,7 Prozent, bei der Sozialdemokratie 21 Prozent, während die Nazi und Kozj auf ihren früheren Stimmenanteilen stehen blieben. Bei der Reichstagswahl 1930 hatten Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen einen Stimmenanteil von 37 + 11,5 Prozent, zusammen 48,5 Prozent, diesmal 34,6 + 13,5, zusammen 48,1 Prozent. Der Generalsturm gegen den Marxismus im Frankenwald ist also völlig zusammengebrochen.

„Wir wollen sterben!“

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Sie wohnen, abgeschliffen von der Welt, in Ihrem Palast in der Wilhelmstraße und haben sicherlich keine Ahnung davon, was sich seit einigen Wochen zwischen den Mietsknechten der großen Städte in den Vorderhäusern und in den Hinterhöfen, in den Kneipen und in den Stechtierhallen begibt.

Sonst wären Sie sicherlich viel früher über die verberbernde Wirkung der nationalsozialistischen Welle aufgebraut, sonst wären Sie sicherlich jeden Tag hundertmal wie von einer Furie gepackt in die Höhe gefahren! Wenn Sie nur eine blasse Ahnung davon hätten, wie tief der Bohn über den Trevel der nationalsozialistischen Morddrohungen in die Seelen der Massen eingebrungen ist!

Also hören Sie!
Ich habe dieser Tage im Norden Berlins vor etwa hundert republikanischen Arbeitern und Bürgern, die alle im Reichsbannerrot gekommen sind, gesprochen und eine Diskussion ausgelöst, in der ein schätzlicher, etwa 50 Jahre alter Arbeiter, der mit seiner Frau, seinen zwei Töchtern und seinem Mädel erschienen war, das Wort ergriffen hat.

Dieser Kamerad, jagte mir D., den vielleicht die Not und der Jammer dieser Zeit besonders tief erfaßt hat, laßt nun unter atemloser Stille in dem kleinen mit Menschen angefüllten Schultheiß-Patenbofener Lokal:

„Wenn es nicht anders geht, werden wir Männer uns zusammen tun müssen und sterben! — — —“

Sterben!
Das war wie ein Kanonenschuß. Eine Kirchenstille ringsum. Der Kellner wagte keinen Schritt durch den kleinen Saal zu setzen. Die Menschen, Männer und Frauen, atmen lautlos vor sich hin und starren auf den Sprecher, der dieses simple Wort gelassen von sich gibt.

Und nun kommt das sonderbare. Rings um den Arbeiter und deutschen Staatsbürger D. sitzen die Frau, die beiden Töchtern und das Mädel. Ich habe mir nachher erzählen lassen, daß der Arbeiter D. der einzige Mann der Familie ist, der bei der WGS noch mit Kurzarbeit beschäftigt ist. Die Kinder sind arbeitslos. Nun sollte man doch glauben, daß die vier Familienmitglieder des Arbeiterhaushalts D. entsetzt aufgesprungen wären und mit erschrockenen Augen ihren Ernährer betrachtet hätten, etwa mit dem einen Gedanken: „Nimm, du bist wohl verrückt? Sterben willst du? Und was sollen wir?“

Aber keine Spur davon. Jeder dieser hundert Männer und Frauen blüht ernst vor sich hin. Auch die Frau und die Kinder des Arbeiters D. Sie sind alle tief gefaßt und entschlossen und nehmen es als eine Selbstverständlichkeit hin, daß der Bürger und Arbeiter Genosse D. sich zum Sterben bereit erklärt.

Herr Reichskanzler! Ich habe am Vorabend des Weltkrieges, am 6. August 1914, am Bahnhofsvorplatz meiner Garnison Regensburg, als das 3. Bataillon des bayerischen Reserve-Infanterieregiments Nr. 11 zum Abschied von der Heimat in Breitschiffen angetreten war, mit einer ähnlichen inneren Erregung, das Wort „sterben“ gehört. Da oben an der Kampe stand unser Kommandeur, ein grauhaariger, etwas beleibter Oberleutnant, der, begleitet vom Bürochefmeister der Stadt, keine Abschiedsrede hielt. Er sprach gut und schön, von der Heimat, die wir alle verteidigen wollten und von dem Feind, der nun seine Pein auf uns bringen würde. Aber zum Schluß formuliert er die Worte: „Wir wollen alle sterben fürs Vaterland!“

Dieses Wortchen „sterben“ ist uns jungen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren damals zum ersten Mal an die Kehle gefahren und hat uns gewürgt: Ja lo! Wir sind ja eigentlich jetzt zum Sterben da! Wir haben ja mit unserm Leben abzuschießen!

Und das Entsetzen des Krieges rann zum ersten Mal über unsere jungen Leiber und über die Fronten der Bataillone. Jeder hat das Gefühl, daß dies, diese Bereitschaft zum Sterben, der Beginn des Weltkrieges gewesen ist. Von da ab rann der große Blutstrom, der zwei Millionen deutsche Soldaten mit fortgerissen hat.

Herr Reichskanzler!
Und jetzt, nach 17 Jahren, hören wir aus dem Mund eines einfachen Arbeiters dasselbe Wort: „Wir wollen sterben!“

Spielen Sie die gewaltige Wucht, die in diesen Worten steckt? Diese Bereitschaft, mitten aus dem Leben seine Existenz hinzumerfen für eine große Idee? Wieder zu sterben als sich unter die Kräfte der Nationalsozialisten zu beugen?

Sind wir schon so weit, daß sich in Deutschland zwei Heerhaufen gegenüberstellen, um sich jeden Augenblick an die Kehle zu fassen? Wunders Sie sich darüber, daß der Arbeiter D. in Berlin A. sich zum Sterben bereit erklärt, nachdem durch Tausende von Zeitungen die Weltbuna angegangen ist, daß nationalsozialistische Führer ungestrakt den politischen Mord angekündigt haben, das Sägen und Köpfen, daß sie sich bereits beraufen an den Details, daß man lange Messer nehmen müsse, daß man diese Stricke heranziehen müsse, damit die Leichen möglichst lang da oben hängen und nicht bloß verfaulen, sondern ausdörren sollen? Daß sich jene Leute damit brüsten, man werde bis an die Knöchel im Blut herumwaten?

Und da wundern Sie sich Herr Reichskanzler, daß der Arbeiter D. aus Berlin A. sich zum Sterben bereit erklärt?

Noch ist es Zeit. Vielleicht ist es die allerletzte Minute an der Schwelle des Bürgerkrieges! Denken Sie an den Arbeiter D.! Denken Sie daran, daß sich mit ihm 5 Millionen organisierter Arbeiter ebenso zum Sterben bereit erklären!

Herr Reichskanzler! Fühlen Sie nicht, daß sich da ein Abarund aufbaut, der Deutschland ins Verderben reißt? Fürchten Sie nicht, daß vielleicht eines Tages Abrechnung von Ihnen gefordert werden wird, ob Sie Ihr „Wunder“ vermögert haben oder rechtzeitig eingeleitet haben für den inneren Frieden der deutschen Nation?

Herr Reichskanzler, denken Sie Tag und Nacht an den Arbeiter D., der wenn es sein muß, sterben will!

Dr. Hermann Schülzinger,
Polizeioberst a. D.

Weiter Koalitionsregierung in Spanien

Madrid, 14. Dez. (Funkdienst). Die Regierung Alcala ist nach dem Amisanztritt des Präsidenten Zamora zurückgetreten. Die Verhandlungen des Staatspräsidenten zur Neubildung des Kabinetts mit den Fraktionsführern ergaben, daß die Mehrzahl der Parteien für die Fortsetzung der bisherigen republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung ist. Damit ergab sich die Fortdauer der Ministerpräsidenten von Alcala von selbst. Er wurde deshalb am Sonntag mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Breuhische Richterkonferenz

Unter dem Vorsitz des preußischen Justizministers Dr. Schmidt fand eine gemeinsame Besprechung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte statt, in der er u. a. die Stellung der Justiz in der jetzigen Notzeit und die Frage einer nachdrücklichen Verfolgung von politischen und Wirtschaftsverbrechen erörtert wurden.

Der Stahlhelm protestiert

Magdeburg, 13. Dez. Die Bundesleitung des Stahlhelm erhob in einer heute veröffentlichten Entschließung Protest gegen das Uniform- und Abwehlerverbot der Notverordnung.

Undurchsichtige Finanzpolitik

Sozialdemokratische Kritik im Haushaltsausschuß des Reichstags

Im Haushaltsausschuß des Reichstags kam am Samstag in der finanzpolitischen Debatte Abg. Reil (So.) zum Wort. Er bezeichnete den Bericht des Reichsfinanzministers über die Lage der Reichsfinanzen als wenig erbaulich. Lieber dem Rechnungsjahr 1932 schwebte noch völliges Dunkel und die Hoffnung sei nicht weit verbreitet, daß die neue Notverordnung ein weiteres Absinken der Wirtschaft verhindern. Mit der verordneten Senkung der Löhne und Gehälter, der keine ausreichende Senkung der Lohnbuchhaltungskosten gegenüberstehe, werde eine weitere Schrumpfung der Wirtschaft, weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und weitere Steuerausfälle verbunden sein. Die Mietmieten würden um 7 bis 8 Prozent der Friedensmiete, die Neubaumieten überall dort, wo die Häuser mit niederen zinslichen Darlehen aus öffentlichen Mitteln finanziert seien, noch um weniger gekürzt. Der Preis des Zuckers, der um 75 Prozent über dem Preis von 1913 stehe, sei bis jetzt nicht gekürzt; es müsse eine Einbeziehung in die Winterhilfe verlangt werden. Die Maßnahmen zur Staatsausgleichung seien so unzulänglich wie schon in der Kriegszeit und unter den Reichsregierungen nach der Inflation. Die Grundzüge einer geordneten Finanzwirtschaft würden heute als ein Luxus betrachtet, den man sich nicht leisten könne. Neben dem Schwund der Steuereinnahmen zeige sich eine starke Verschiebung in der Belastung und Maffenbelastung ausunsten des Besitzes. Die Besitzsteuern seien seit 1928 um 1/2 Milliarde gekürzt, die Lohnsteuern um 1 Milliarde erhöht worden. Käuflich unverständlich sei die Ablehnung des sozialdemokratischen Vorschlags betreffend Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer von 20 000 Mark und einer Lantiensteuer von 20 Prozent durch die Reichsregierung. Das wäre eine organischere Regelung als die Krften- und die Bürgersteuer, und die Gemeinden hätten den Ertrag, der ihnen ausgedacht war, sehr gut drauchen können. Mit Einzelwahrungen sei der großen Zahl der bereits im Bankrott befindlichen Gemeinden nicht zu helfen. Ein Schlaglicht auf die tiefschulden Steuerermoral werfe die Tatsache, daß die Steueramnestie mit ihren Strafbewegungen 23 Milliarden Vermögen an den Tag gebracht habe. Der Steuerdollar sei offenbar unzulänglich. Das Reichsfinanzministerium dürfe den Buch- und Betriebsprüfern nicht mit der Niedererschlagung von Steuerstrafen in den Arm fallen. Gegenwärtig mache sich das Fehlen eines arbeitsfähigen Reichstags besonders bemerkbar. Hätten wir gesunde Parteiverhältnisse in Deutschland, so mühte während der Baseler Tagung der Reichstag in enger, sachlicher und würdiger Weise Steu-

lung nehmen zu der großen Schicksalsfrage der Neugestaltung des politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisses Deutschlands zur übrigen Welt und die endgültige Beilegung der Reparationen verlangen. Das das nicht möglich sei, verdanke das deutsche Volk jenen Parteien, die das innerpolitische Leben Deutschlands veräffelt haben.

Abg. Hifferding (So.) unterließ die Feststellungen des Abg. Reil, das ein Kernpunkt der Finanzen, die Lage der Gemeindefinanzen sei. Die Einführung der Pauschalierung der Umlagensteuer sei bedenklich, dabei würden nur Interessentenämter ausgenutzt. Deswegen sei vor diesem Experiment dringend zu warnen. Auf eine Bemerkung des Abg. Lorzler (Komm.) fragte Hifferding, ob etwa die Kommunisten nach Beilegung der neuen Notverordnung eine bessere Notverordnung erwarten? Jetzt werde in übermäßigem Umfang das Privatrecht durch öffentliches Recht abgelöst. Diese Entwicklung gebe weit über die Zeit und Art der Kriegswirtschaft hinaus. Proddon sei der erste gewesen, der in den Zeiten des vorwissenschaftlichen Sozialismus die Beilegung der gesamten Zinsen verlangt hat. Die Idee der Regelung der Zinsnechtigkeit sei die Bestätigung eines großen Gute französischer Frühsozialisten. Mit welchem Recht habe eigentlich der Redner der Volkspartei gegen die sogenannten nationalsozialistischen Ideen in der Notverordnung gesprochen, da doch auch die Volkspartei wolle, daß die Nationalsozialisten an die Regierung kommen. Man habe bei seiner Rede mehr das Gefühl gehabt, sie sei unter dem Motiv gehalten worden: Wie sage ich es meinem Kinde Dingelben? Die Klagen der deutschen Nationalen wegen der Aufhebung des Privatrechtes seien unehrlich, denn die deutschen Nationalen Döbbsforderungen seien nur unter Brechung des Privatrechtes möglich. Die allgemeine Senkung der Zinsen erhöhere unseren Export, denn sie fördere die Absatzmärkte anderer Länder.

Die Nachricht bürgerlicher Blätter, daß Dr. Hifferding in der Samstagssitzung des Haushaltsausschusses eine Erklärung über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten abgegeben hat, entspricht nicht den Tatsachen. Hifferding hat im Ausschusse frei gesprochen und u. a. gesagt, daß die Sozialdemokratie die Notverordnung von wirtschaftlichen Standpunkt aus ablehnen müsse, daß darüber hinaus aber auch Gründe politischer Art zu berücksichtigen seien, über die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu entscheiden habe! Das wird am Montag der Fall sein.

2 1/2 Millionen französische Kurzarbeiter

Die Weltwirtschaftskrise verschont niemand

Paris, 12. Dez. (Sta. Draht). In der französischen Kammer antwortete Arbeitsminister Vandry auf die Interpellationen über die Arbeitslosigkeit. Vandry gab nur einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, aus dem hervorgeht, daß die Zahl der staatlicher und halbstaatlicher unterstützten Arbeitslosen in dieser Woche 104 280 beträgt, wozu noch die erwerbslosen Seeleute und Dockarbeiter hinzugerechnet werden müßten, die aus besonderen Klassen Unterstützung beziehen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Frankreich müsse man aber auf über 300 000 schätzen. Was die Kurzarbeit anbetreffe, so habe sie in letzter Zeit großen Umfang angenommen.

Der Arbeitsminister stellte ferner fest, daß im November 103 700 Arbeiter und Angestellte in Betrieben mit über 100 Personen nicht vollbeschäftigt gewesen seien. Wenn man denselben Prozentsatz für die mittleren und kleineren Betriebe anwende, so komme man zu einer Gesamtziffer von etwa 2 1/2 Millionen Kurzarbeiter. Die Lage sei also, so bemerkte der Minister, sehr ernst, wenn auch nicht so katastrophal wie in Deutschland, England und Amerika. Der Staat habe die Pflicht, für die Opfer dieser Krise zu sorgen. In Frankreich gäbe es keine Arbeitslosenversicherung, was der Minister nicht bedauere, denn es handle sich nur um eine vorübergehende

Gefahr. Es sei auch unmöglich, sofort eine derartige Versicherung zu schaffen. Neben den Unterstützungsklassen der Gewerkschaften habe Frankreich die öffentlichen Arbeitslosenfonds, um deren Vermehrung sich die Verwaltung ständig bemühe. Zur Zeit seien 263 solcher Fonds in Tätigkeit. Die Beteiligung des Staates an den Fonds betrage 50 Prozent. Die Zulassungsbedingungen seien in der letzten Zeit verbessert und die Unterstützungssätze erhöht worden. Die Dauer der Unterstützung sei von vier auf sechs Wochen verlängert worden, außerdem sei eine Arienunterstützung für die Arbeitslosen eingerichtet worden, die bereits sechs Monate lang Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Für die Dockarbeiter und die Seeleute sei eine besonderes Unterstützungssystem geschaffen worden.

Diese französischen Ziffern zeigen, daß es von den deutschen Nationalsozialisten ebenso falsch ist, die Krise auf die Reparationen zu schieben wie auch speziell die deutsche Regierung dafür verantwortlich zu machen. Es handelt sich um eine Weltkrise, die man nicht einem einzelnen Land in die Schuhe schieben kann. Die Hege der deutschen Nationalsozialisten und der französischen Chauvinisten verstärkt jedoch die Krise. Rettung kann nur durch Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden. Rüdtehr zum Vertrauen bringt sowie Herabsetzung der Arbeitszeit. Wann wird jedoch dieser Weg begangen?

Freistaat Baden

Pfarrer Eckert aus der Evang. Kirche ausgetreten

D3. Mannheim, 12. Dez. In einem an die kommunistische Arbeiterzeitung gerichteten längeren Schreiben, das sich mit dem Urteil des kirchlichen Dienstgerichtes auseinandersetzt, macht Pfarrer Eckert die Mitteilung, daß er seinen Austritt aus der Evangelischen Kirche erklärt habe, der zugleich seinen Abschied vom Bund der Religiösen Sozialisten bedeutet.

Das Zentrum zum Tod des Erzbischofs

Karlsruhe, 12. Dez. In einer Sitzung der Zentrumsfraktion des Landtags, die gestern stattfand, gab der Fraktionschef, Abg. Dr. Föhr, in einem tiefempfindenden Nachruf der Trauer der Zentrumsfraktion und Fraktion zum Hinscheiden des Erzbischofs Ausdruck, durch das die Erzdiözese einen unerleichen Verlust erlitten habe. Die Partei treffe der Tod des Erzbischofs nicht minder hart, da der verstorbenen Kirchenfürst von jeder von der Notwendigkeit ihrer Arbeit im öffentlichen Leben und der Nichtigkeit des eingeschlagenen politischen Weges tief durchdrungen gewesen sei.

Zum Verbot des Schwarzwälder Tagblattes

Schreibt man uns aus Frankfurt: Es hat hier rechte Verliebung hervorgerufen, daß das nationalsozialistische Tagblatt auf 5 Tage verboten worden ist. Schon früher wurde es verabschiedet als seiner Hüller-Monieren und seiner bandenbüchigen Schreibweise gegen die Republik und ihre staatlichen Einrichtungen verwarnt. Nun ist endlich vom Ministerium des Innern sugariffen und ihm auf fünf Tage das Erscheinen verweigert worden. Ausgerechnet das Schwarz-

wälder Tagblatt mußte die flobige und ungläublich aufreißende Rede des bekannten Draufgängers Georg Straher, des enant terribile der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, welche dieser bei den Stuttgarter Gemeindevorständen gehalten, mit ausbrüchlicher Zustimmung wiedergeben, mußte von der Notwendigkeit der Ausrottung der marxistischen Pest und dem zwölfjährigen Schmutz sprechen, der sich in der Republik anhäuft habe. Das hat uns in unserer politisch sonst ruhigen Schwarzwaldbahnstadt gefaßt. Wir fragen uns so oft: Kann dann dem fanatischen Hitler-Anhänger Hermann Reil, welcher das einseitige liberale Schwarzwalder Tagblatt zu einer nationalsozialistischen Journalisten-Kloake ersten Ranges gemacht hat, nicht das Verleumdungs-Bandwert gelegt werden? Reil rühmt sich ja, daß er bei dem Münchener Hitler-Spud des Jahres 1923 dabei war und deshalb besonders berufen sei, das Diktatens auf dem Schwarzwald voran zu tragen.

Nicht umsonst haben die Nationalsozialisten das Schwarzwalder Tagblatt zu ihrem Bezirksorgan für den Kreis Willingen gewählt, und bereits erschienen von ihm mehrere Kopfbücher, wie Feldherns Handbuchen, Ritter St. Georg (für St. Georgen) und der Hegener (für Engen). Die nationalsozialistische Seuche breitet sich also über den ganzen Hochschwarzwald aus.

Dabei nennt sich das Blatt auch noch: „Amstliches Verbandsorgan“ und hat die Hochschwarzwaldbund und die Bar“, wozu es nach unserer Auffassung nicht das geringste Recht hat. Wir möchten die Forderung kennen lernen, welche das Reil-Blatt zu ihrem amtlichen Verbandsorganblatt beruft.

In jedem Falle hat man in Karlsruhe gut getan, in Frankfurt nach dem Rechten zu sehen. Der erste Schwarzwalder ist einer solchen politischen Debe, wie sie inoffiziell das Schwarzwalder Tagblatt betreibt, gründlich abhold. — Wir glauben auch nicht, daß man sich bei einem weiteren Verbot mit 5 Tagen begnügen wird. Dann kann Herr Reil wochenlang Schwarzwaldband-Louren machen. Er nicht damit nicht nur sich selbst, sondern in viel größerem Maße der politischen Gesamtlage des badischen Schwarzwaldes.

Das nationalsozialistische Grüselhorn auf drei Monate verboten

Der Minister des Innern hat die in La hr erscheinende nationalsozialistische Wochenchrift Das Grüselhorn mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von drei Monaten verboten. Anlaß dazu gab ein in der Ausgabe vom 12. Dezember erscheinender Artikel, der schwere Beschimpfungen und böswillige Verächtlichmachungen der Regierung enthielt und dessen Inhalt gezeichnet war, die öffentliche Ruhe und Ordnung in erheblicher Weise zu stören.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

14. Dezember.

1799 George Washington, Begründer der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. — 1849 Rom, Konradin Kreutzer. — 1875 *Gos. Paul Löbe. — 1920 Gefeklicher Ghsfundentag in Luxemburg. — 1923 *Französi. Maler Steinlen. — 1923 Gedenttag für Amundsen (b. Italiarettung verholten).

Vor schweren Entscheidungen

Zu einer wichtigen und ersten Aussprache hatte die Sozialdemokratische Partei auf Sonntag früh ihre Funktionäre in den „Gesanten“ eingeladen. Es galt Stellung zu nehmen zu den letzten politischen Geschehnissen, deren wichtigstes die neue Notverordnung der Reichsregierung ist. Diese Notverordnung trifft bekanntlich die Arbeiterklasse am härtesten und schwersten, sie hat also am allerersten das Recht und die Pflicht, gegen diese Verordnung ihrer Not sich zu äußern. Das einleitende Referat in der vom Parteivorstandem Koch geleiteten außerordentlich auf beachtlichen Versammlung hielt Gen. Reichsaasabgeordneter Schöpplin. In der an ihm gewohnten ernsten, ruhigen und nüchternen Art schilderte der Redner die Dinge, wie sie tatsächlich sind und liegen. Außenpolitisch und innenpolitisch beleuchtete Gen. Schöpplin die Lage Deutschlands. Es geht jetzt um die Erhaltung des Reiches, um die Erhaltung der Demokratie, um die Zukunft der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Dinge zu beurteilen. Angesichts des arbeitsunfähigen Reichstags war die Regierung gezwungen, den Weg der Notverordnungen zu gehen. Wenn diese Notverordnung nicht einigermassen eine gewisse innere Sicherung schafft, dann ist es kaum möglich, daß die gleiche Regierung ein weiteres Mal eine solche Notverordnung schaffen kann. Um das zu ertragen, was die letzte Notverordnung gebracht hat, gehört sehr viel. Am schwersten zu ertragen ist dies alles für die Sozialdemokratie. Für sie besteht jetzt die entscheidende Frage, soll sie die Notverordnung annehmen, oder soll sie den Kampf aufnehmen. Der Redner vertritt die Auffassung, daß, wenn nicht besondere Ereignisse eintreten, es nötig ist, für die Beibehaltung des Kabinetts Brünings sich einzusetzen, wenn es auch die Grenzen des Erträglichsten erreicht. Weil es das einseitige Mögliche ist, um aus der gegenwärtigen furchtbaren Situation hinauszukommen. Die schweren Dinge abzuhalten, wird abzuwarten sein. Rechter wäre unsere Haltung, wenn das Kabinett Brünings innenpolitisch eine härtere und festere Stellung gegenüber den Republikanern an den Tag gesetzt hätte. (Zustimmung.) Trotz aller Einträge und Einschränkungen verbleibt in Deutschland immer noch ein größerer sozialer Schuss wie in den meisten anderen Ländern. Sollen wir das wenige, das noch verbleibt, durch Diller, Eugenberg und ihre Reaktion zerstreuen lassen? Die bestmöglichen Dokumente hätten Anlaß sein können, durchzusetzen! Die Massen verabschieden das feinerseitige Vorgehen gegen Sachen mit der Haltung der Regierung gegenüber Braunschweig und Thüringen. Während die Arbeiterklasse auf Diller auf sich nimmt, leben wir, daß der Staat, den sie erhalten will, gegen seine schärfsten Feinde nichts unternimmt, ihr Treiben duldet. Dies muß Herrn Brünings klargemacht werden. Angesichts der großen äußeren und inneren Gefahr, betonte der Redner, daß er noch einmal im Interesse der Erhaltung der Demokratie, des Staates und der Arbeiterklasse für das Kabinett Brünings stimmen werde. — Der Redner fand für seine eindringlichen Ausführungen lebhaften Beifall.

An das Referat schloß sich eine ausgiebige Diskussion an. Es beteiligten sich die Gen. Landtagsabg. Müller, Fromm, Siebert, Kiefer, Fien, Strider, Reichsaasabg. Marum, der die Volkseinkaufsgesellschaft der neuesten Notverordnung aufs schärfste unterstrich, aber auch deren zu begründende Bestimmungen anerkannte, als das Entscheidende aber feststellte: Sturz der Regierung Brünings oder nicht? Erstes bedeute als Folge schärfster Kampf gegen die Arbeiterklasse, den Marxismus, Verschlagung der letzten Rechte des Volkes. Wir wollen nicht die Verantwortung vor der Geschichte auf uns nehmen, daß durch unser Verhalten der Faschismus zur Macht gekommen ist. Wir wollen nicht, daß die deutsche Arbeiterbewegung und die der ganzen Welt um Jahrzehnte zurückgeworfen wird. Die Frage steht nicht so, ob wir eine ganze oder halbe Demokratie oder eine Diktatur Brünings haben, sondern so, ob wir die halbe Diktatur Brünings oder die ganze Diktatur Hitler haben, ob wir das, was wir noch zu verlieren haben, retten, oder uns durch eine faschistische Diktatur alles nehmen lassen! Die Republik wird nur bestehen bleiben, wenn sich Republikaner finden, die sich für ihre Erhaltung einsetzen. Nicht für Brünings geht es, sondern gegen Hitler! — Im weiteren sprach noch Gen. Storch, worauf durch einen Schlussantrag der Debatte ein Ende gemacht wurde. Die Diskussionsredner übten durchweg scharfe Kritik an der neuesten Notverordnung, deren unlosale Tendenz allseits abgelehnt wurde. Es fielen scharfe Worte gegen die Regierung Brünings, die wiederum den größten Teil der Laufen auf die Schultern der schaffenden Massen gelegt habe. Ein Teil der Redner verlangte Aufgabe der Totalitarisierungspolitik. Nicht alle waren sich aber wohl klar über das, was nachher kommen kann. Einmütig waren aber alle Redner, daß es unbedingt höchste Zeit ist, daß die Regierung Brünings dem nationalsozialistischen Treiben schärfer und energischer entgegentritt wie bisher, daß neben den Worten auch Taten folgen müssen. Gen. Schöpplin verzichtete auf das Schlusswort. Gen. Koch fasste in seinen Schlussbemerkungen, mit denen er um 1 Uhr die Versammlung schloß, nochmals in präzisen Worten diese Auffassung der Versammlung zusammen, daß an die Genossen der Reichsaasabgeordneten das Verlangen gerichtet wird, daß sie unter allen Umständen der Reichsregierung klar machen mögen, daß gegen die Staatsfeinde von rechts und links mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden müsse. Dieser Aufforderung stimmte die Versammlung einstimmig zu.

Die Sammelkolonnen der Karlsruher Notgemeinschaft

Führen die Sammlung von gebrauchten Kleidungs- und Wäscheartikeln, Schuhwerk und Hausrat in der Woche vom 13. bis 19. Dezember wie folgt fort:
Die Kolonne I am Montag, im Stadtgebiet zwischen Molkestraße-Felix-Moll-Strasse-Maxaustraße-Hardtstraße und in den Siedlungen der verlängerten Hardtstraße; am Mittwoch in Mühlburg westlich der Weidstraße, am Freitag in der Mühlburg und im Stadtteil Grünwinkel.
Die Kolonne II am Montag am Hauptbahnhof sowie in den Häuerdörfern zwischen Brauerstraße-Kriegsstraße-Karlstraße und Hauptstraße, am Mittwoch zwischen Vorholzstraße-Karlstraße-Marie-Alexandra-Straße und Verlängerung der Brauerstraße, am Freitag im Stadtteil Weiertheim südlich der Marie-Alexandra-Straße.

„Zinsbrecher“ in der Praxis

Aus der Ortenau wird der Mannheimer Volksstimme folgendes geschrieben:

Der führende Genius des badiischen Zentralorgans der Hitlerpartei, des Führers, ist Herr Dr. Otto Waack in Karlsruhe. Mit seiner wichtigen Persönlichkeit haben sich im öffentlichen Interesse schon amtliche Instanzen der Strafjustiz befahigt, wenn es galt, die Kampfmethode des Führers in Urteilsbegründungen zu bewerten. Selten befriedigten die Endergebnisse die Wünsche des erlauchten Führers. Man kann es begreifen, daß Herr Doktor W. mit den Sachverständigen gutachten der obersten Instanz in der roten Robe nicht zufrieden ist. Vielleicht behandelt der Karlsruher Führer aus nachfolgendem Interesse den folgenden Fall, indem er ihn dem fachlichsten Oberhaupt Adolf Hitler zur Entscheidung unterbreitet.

Im deutschen Strafgesetzbuch aus der Vorzeit des Dritten Reiches befindet sich ein Abschnitt, der vom strafbaren Eigenraub handelt, der § 302a, der heute noch seine Rechtsgültigkeit besitzt:

„Wer unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen für ein Darlehen oder im Falle der Eintragung einer Geldforderung sich oder einem Dritten Vermögensvorteile verschaffen oder gewähren läßt, welche den üblichen Zinssfuß betragsmäßig überschreiten, das nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligem Mindermaß zu der Leistung stehen, wird wegen Raubers mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Auch kann auf Verlaß der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Ein kleiner Rebhauer F. B. der Gebirgsgemeinde Zell-Weierbach bei Offenburg kaufte vor zwei Jahren einige Rebparzellen um den Betrag von 2400 M., zahlbar in Raten unter sechsprozentiger Verzinsung. Verkäufer war ein Offenburgs Bürger, der den Nachlaß seiner Mutter, einer reichen Bürgerin, geerbt hatte. Trotz der für die Kleinbauern so schwer fühlbaren finanziellen Notlage hatte in der kurzen Zeit der Rebhauer schon eine Verzinsung von 1900 M. geleistet an den Verkäufer, der sich als nationalsozialistischer Jünger nannte. „Bonze“ in angelehnter Stellung befindet. Vor nicht langer Zeit erhielt der Rebhauer im Dorfe Zell-Weierbach eine schriftliche Aufforderung zur Bezahlung der Restsumme mit der Androhung, daß er sonst einen Verzugszins von 12 bis 16 Prozent zu entrichten habe. Der Kleinbauer konnte sich das Geld verschaffen und sich so vor dem Anheul einer wucherischen Zinslast retten.

Die Mitteilung, welche die Androhung der eventuellen Zinserhöhung an den Landwirt enthielt, kam nicht von einem bürgerlichen Richter, sondern stand auf einem Briefbogen mit dem Aufdruck der Karlsruher nationalsozialistischen Chefredaktion Dr. Otto Waack vom Führer. Die Unterschrift ist der Name des arischen Doktors.

Unter der Bänne des Rebgebirges, welche in großer Notlage sich befindet, da sie den Wein nur in ungenügenden Mengen und zu niedrigen Preisen absetzen kann, erregt dieser Fall der Geldoperation eines nationalsozialistischen Doktors berechtigtes Aufsehen. Steht in der Praxis so das Heil aus, wenn die Bauern vom Hakentreck gesegnet werden? Die Herren „brechen“ den Zins, indem sie 12-16 Prozent nehmen.

Wirtschaftskrise und Werkmeister

Am Sonntag vormittag fanden sich in Karlsruhe im „Grünwald“ die Funktionäre des 8. Gau des Deutschen Werkmeisterverbandes zusammen, um einen Vortrag des Herrn Kempfen von der Hauptverwaltung über das Thema:

„Der Deutsche Werkmeisterverband im Wirtschaftsleben“

sich anzuhören. Kollege Stahl begrüßte namens der Karlsruher Ortsgruppe die Teilnehmer aus den ländlichen Orten zahlreich erschienenen Teilnehmer und erzielte dem Referenten das Wort zu seinem Vortrage. Der Referent gab einleitend eine Schilderung des Berufes der Werkmeister von früherer Zeit bis zum heutigen Tag. Bis vor dem Kriege war der Werkmeisterverband eine berufliche Organisation, die sich selbstständig dem W.F.V.-Bund angeschlossen hat. Unter der Not der Zeitgeit haben wie alle Arbeitnehmer auch die Werkmeister zu leiden, die heute schon zu Tausenden auf der Straße liegen. In der Notzeit werden an die Berufsorganisation immer größere Anforderungen gestellt. Der Referent konnte Zahlen anführen für die schwere Belastung, die die heutige Krise für die Gewerkschaften bedeutet. So hat der DGB im Jahre 1930 rund 72 Millionen an Unterstützung an hilfslose Mitglieder ausbezahlt, im Jahr 1931 werden es seiner Schätzung nach mindestens 100 Millionen werden. Der Deutsche Werkmeisterverband hat in der Zeit 1920/31 selbst den Betrag von 5 Millionen M. aufbringen müssen. Das sind Zahlen, die ein kleines Bild davon geben, wie ungesund schwer das Arbeiten der Gewerkschaften in der heutigen Zeit sich vollzieht. Heute ist es mehr denn je notwendig, daß sich alle Arbeitnehmer in ihren Berufsorganisationen zusammenschließen. Mit den angehenden Freunden und wirklichen Feinden der Gewerkschaften, den Nationalsozialisten, rechnete der Redner gründlich ab. Obwohl der Verband parteipolitisch neutral ist, kann er es in dem Augenblick nicht mehr sein, wo es gilt, gegen die Feinde der Arbeiterklasse vorzugehen. Die Nationalsozialisten sind Gegner des Klassenkampfes und erklären das als eine Erfindung von Karl Marx. Marx hat aber diese Zustände nur erkannt und bezeichnet. Die Proletarier wollen ja nichts anderes als durch den Klassenkampf zur klassenlosen Gesellschaft gelangen. Das das heutige Wirtschaftssystem große Fehler gemacht hat, zeigt der tägliche Bericht. Zu dem großen Systemfehler kommen weiter die Verunsichertheitsfehler, wo die Führer der Wirtschaft unfähig sind, die Geschichte der Wirtschaft zu leiten. Der Redner konnte an diesen Fällen den Mangel des heutigen Systems klarlegen. Man will das heute bei dem ungeschulten Teil der Bevölkerung so hinstellen, als hätte der Marxismus verlagert.

Auf die heutige Krise kommend, erklärte der Redner, daß vor allem durch eine falsche Lohn- und Preispolitik die Krise verhängt wurde. Solange die Kartelle und Syndikate die Preise noch künstlich ungeniegs hochhalten können, ist an eine Gesundung der Wirtschaft nicht zu denken. Die Regierung sollte vor allem bedenken, daß die Löhne nicht immer nur von dem wirtschaftlich Schwächsten, den Arbeitnehmern getragen werden können. Diesen Strömungen

Die Arbeitsfürsorge in Karlsruhe - Streik von Pflichtarbeitern

Vom Rathaus wird uns u. a. geschrieben

Aufgrund der Vorschriften der Reichsverordnung über die Arbeitsfürsorge (§ 19) kann die Unterstützung Arbeitsfähiger auch durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art gewährt werden. Von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden. Die Stadtverwaltung war daher in den verflochtenen Jahren immer wieder bemüht, möglichst viele Fürsorgeempfänger in Notstand zu arbeiten einzufacheln und dadurch deren Lage zu verbessern. Darin hat sie auch schon früher und besonders in der letzten Zeit, in der sie nicht mehr im Stande ist, Notstandsarbeiten in größerem Umfang durchzuführen, Pflichtarbeiten eingerichtet. Die Einrichtung dieser Arbeiten erschien umso mehr begründet, als der Grundsatz, daß für die gewährte Unterstützung etwas geleistet werden soll, in Theorie und Praxis immer mehr Anerkennung fand, und gleichzeitig auch bei den Fürsorgeempfängern selbst weitgehend der Willen nach Arbeit befördert wurde. Sollen doch gerade in den letzten Monaten immer mehr Unterstützte dringend darum gebeten, Pflichtarbeiten verrichten zu dürfen.

Da es sich bei den genannten Arbeiten um solche gemeinnütziger Art handelt, die niemals in Lohnarbeit durchgeföhrt würden (z. B. Reinigung von Wegen in städtischen und ländlichen Anlagen und Forten, Entlohnungen leitender Art, Sauerhaltung von Anlagen, Einrichtungen, Robbaarbeiten, Handlangerdienste bei der Winterhilfe) keine etwaige Befristung, das durch andere Arbeitskräfte das Brot wegenommen werde, völlig unbegründet. Auch ist jeder Mißbrauch der Arbeitskräfte ausgeschlossen. Denn die Dauer der zu leistenden Arbeit ist jeweils auf 6 Wochen beschränkt. In jeder Woche wird nur 6 Stunden gearbeitet, und zwar entweder an 4 Tagen in der Woche je 4 Stunden oder (einem häuften geübteren Wunsch der Pflichtarbeiter entsprechend) an 2 Tagen in der Woche je 8 Stunden, während die übrigen Tage freibleibend sind. Die Entlohnung erfolgt nicht in Form eines reinen Arbeitsentgeltes, sondern als Zulagenunterstützung. Die Fürsorgeempfänger erhalten neben ihrer laufenden Unterstützung einen Zulagebetrag von 2 Wochenwöchentlich (anstelle des früheren Essens). Daneben erlangen die eine weitere sehr wertvolle Veranlassung dadurch, daß die während der Pflichtarbeit gewährte Unterstützung, wenn sie später zu einem anderen Zweck kommen, von ihnen nicht zurückgefordert wird. Aus all diesen Gründen hat sich die Pflichtarbeit bisher einer steigenden Beliebtheit erfreut.

In den letzten Tagen hat sich nun ein sog. Erwerbslosenausbehalten der von keiner Partei und Gewerkschaft anerkannt wird, ausgetreten der Pflichtarbeiter aufgeföhrt. Die fast durchwegs noch jugendlichen Mitglieder dieses Ausschusses haben sich nicht zufrieden in teilweise geschlossenen Gruppen die arbeitsfähigen Pflichtarbeiter vorausgehen, und sie unter Drohungen zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Als man sie dann fassen wollte, waren sie in weiser Besorge bereits verschwunden. Soweit sie der Stadtverwaltung bekannt sind, handelt es sich bei ihnen um Verfallene, die eifrig bemüht sind, ihrer Arbeit aus dem Wege zu gehen.

Nachdem sich aber die arbeitswilligen Pflichtarbeiter durch das Vorgehen dieser Elemente übermäßig einseitig in die Lage, die Fürsorgeempfänger auszuheilen, und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Schutze der arbeitswilligen Kräfte der Polizei in Anspruch zu nehmen (die auch bereits ausgenutzt hat).

Wie aus einer Zuschrift an uns seitens der streikenden Pflichtarbeiter hergeht, verlangen sie für ihre Arbeit täglich 3 Mark. Aufschuß aber daß ihnen ausreichendes warmes Essen gegeben wird. Weiterhin fordern sie, daß ihnen auf Verlangen Arbeit gestellt wird.

Wirtschaftskrise und Werkmeister

mus eine geschlossene Front der Arbeitnehmer entgegengesetzt werden. Im Kampf um die Existenz muß auch der Letzte auf die Schiene steigen.

An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Diskussion an. Kollege Stahl brachte der Versammlung dann nachstehende Resolution zur Kenntnis, die einstimmig angenommen wurde. Mit einem Dank an die Erghenenen sowie an die Referenten konnte Kollege Stahl die auf verlaufene Funktionäre schließen.

Entscheidung

Die Werkmeister und Betriebsangehörigen haben an der Industriekrise Deutschlands und damit an dem Aufstieg der Wirtschaft einen großen Anteil. Sie dürfen erwarten, daß ihre guten Dienste auch in schlechten Zeiten eine bessere Anerkennung finden, als es geschieht. Schwerkende von Berufsangehörigen wurden bereits ihrer Ehre beraubt, weil deren Tausenden droht das gleiche Schicksal. Der D.W.B. in unternehmender finanzieller Belastung, schließt von dem Sozialistengesetz und der Übermittlung seiner Mitgliederfortschritt demütigt, den anstrengenden Opfern der Krise zu helfen.

Die Krise wird dazu benutzt, die Gehälter der noch tätigen Werkmeister zu kürzen, zugleich vielfach vermehrte Arbeit und größere Verantwortung von ihnen gefordert wird. Besonders die Tarifverträge werden im Mittelpunkt eines heftigen Abwehrkampfes. Die Unternehmer fordern eine „Auflösung“ der Tarife, die nicht weiter bedeutet als deren völlige Beseitigung. Eine tarifliche Regelung der Gehälter und Ansehensbedingungen erhält gerade in Krisenzeiten eine erhöhte soziale Bedeutung.

Auch die recht problematischen Pläne zur Sanierung der durch die Wirtschaftskrise bedingten Krise der Sozialversicherung, haben in den Krisen die Werkmeister wie bei allen Angehörigen große Beunruhigung hervorgerufen. Die Reformen werden von ihrer Organisation, daß sie gemeinsam mit dem W.F.V.-Bund beteiligten Verbänden allen Experimenten, die eine Fortführung der Angehörigenversicherung befürchten lassen, energig entgegenzutreten.

Die Krise selbst ist nach Ansicht der organisierten Werkmeister auf fallende Wirtschaftslage und insbesondere auf die Vordrängung des Nationalsozialismus mit ihrer verderblichen Preispolitik zurückzuführen. Durch die Überkapazität und die mangelnde Produktionssteigerung in der Weltwirtschaft ist die Wirtschaft hart erschüttert. Die Abwärtstendenzen werden durch Lohn- und Gehaltsabbau immer mehr zum Schaden der Gesamtwirtschaft.

Die Werkmeister werden dringend vor einem weiteren Abbau der Gehälter und vor einer weiteren Senkung der Lebenshaltungskosten durch eine Bekämpfung der Wirtschaftsmacht nach.

Nur eine wahre Volkswirtschaft, die dem Allgemeinwohl dient und die radikale Bekämpfung aller unsozialistischen Preisbindungen, können die Krise zu überwinden.

Die Werkmeister und Betriebsangehörigen werden alle Werkmeister ihres Verbandes, die auf eine vernünftige Wirtschaft und auf soziale Gerechtigkeit abzielen, mit allem Nachdruck unterhalten, weil sie nur durch eine stabilere Zukunft und eine allmähliche Bekämpfung der verhängenden vollen Massenarbeitslosigkeit, die eine gefährliche politische Atmosphäre schafft, erhoffen.

Weihnachtsfeier der Stadt-Schülerkapelle

Selt Jahren schon ist es Sitte, daß die Karlsruher Schülerkapelle eine Weihnachtsfeier veranstaltet; gewissermaßen, um gleichzeitig auch Rechenhaft abzugeben über die Arbeit des Orchesters. Wieder war auch vergangenes Sonntag zur Aufführung in der Festhalle ein Programm zusammengestellt, das ein buntes freundliches Gesicht zeigte. Der große Saal war, wie alljährlich, gefüllt voll, diesmal so, daß nicht einmal die Plätze ausreichten, um die Freunde der jungen Schar alle aufzunehmen. Viele mußten stehen. Ein Beweis, wie stark das Interesse an den Konzerten der Kapelle gewachsen ist. Das Publikum war besetzt von den Keinen Musikanten, die sich sehr ins Zeug legten, insbesondere im Hinblick auf „Der Dirten Morgenstern“ und „Capatine Nr. 1“, beide ziemlich schwer als Solis für Trompete. Die „Variationen“, Klarinette-Solo, das von einem älteren Mitglied des Corps gespielt wurde, ließen sehr gute Technik, Reinlichkeit im Ton und eine Tonmodulation, aus feiner musikalischer Intuition geboren, erkennen. Zwei klassische Bauerntänze mit guter Auffassung, „Indische Gaitter“, exotisch einfühlsam und „Bliesoldaten“ fanden großen Anklang. Weihnachtslieder zur erforderlichen Stimmung fehlten nicht. Das noch junge Streichorchester bot in dem feierlichen Opus „Reigen seltsamer Geister“ aus „Orpheus“ feinfühnige Musik, „Adagio und Menuett“ gediegen lächer und vornehm. Lobend ist der weitere erste Geiger zu erwähnen. Neben dem hiesigen Kaiser gefielen am allerbesten die lieber und schmeibla musizierten, klaraakollen Märche, deren selbstverständliche einig bringende werden mußten. Es wurde flott und rühmlich viel Freude gespielt. Voran aus von den tapferen jungen Trompetenbläsern. Herr Hauptlehrer R. Greulich als Leiter des Ganzen hatte die Fühgel fest in Händen, dirigierte mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit und lässiger Eleganz. Er verstand, das Höchste aus seinen Schülern herauszuholen. — v

R D S B., Ortsauschuß Karlsruhe, Durlach Ettlingen

Montag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr beginnend, findet im Volkshaus der 11. Vortrag des Bildungsprogramms statt. Kollege Sigmund, Vorsitzender der Ortskrankenkasse Karlsruhe, spricht über die Krankenversicherung nach dem neuesten Stand. Nicht nur Krankendelegierte, Betriebsräte und Vertrauensleute, sondern alle Mitglieder unserer Organisationen haben durch Vorzeigen ihres Verbandsausweises Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Beginn auf 7 Uhr festgesetzt ist.

(1) Vermietung der Festhalle. Zweits Geschäftsvereinfachung werden die mit der Vermietung der Festhalle verbundenen Geschäfte vom 1. Januar 1932 an dem hiesigen Gartenamt abgenommen und der Verwaltung des hiesigen Verkehrsvereins im Rathaus übertragen, der auch die Vermögensgeschäfte bezüglich des hiesigen Konservatoriums und der hiesigen Ausstellungshalle obliegen. —

(2) Die Städtische Volkshalle und Festhalle, die bisher in dem hiesigen Hause Karl-Friedrich-Straße 21 untergebracht ist, wird in das frühere Empfangsgebäude des alten Personenbahnhofs verlegt. Die dafür nötigen Baurbeiten im westlichen Pavillonbau werden bis zum März 1932 fertiggestellt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine im Norden Europas vorübergehende Zirkone hat gestern auch in Süddeutschland Bemerkung gebracht. Da der Luftdruck über dem Festland aber noch hoch geblieben ist, kam es nur stellenweise zu unbedeutenden Niederschlägen. Bei Island sieht heute eine neue Störung heran, die voraussichtlich noch etwas weiter nach Süden ausgreifen wird. Das Wetter wird dabei bei uns trübe bleiben.

Wetterausichten für Dienstag, 15. Dezember: Fortdauer des woligen Wetters. In tiefen Lagen neblig und etwas milder, höchstens leichte Niederschläge

Wasserstand des Rheins

Basel 12, Waldshut 203, Schaffhausen 60, Rehl 216, Maxau 398, Mannheim 251, Caub 211 Zentimeter.

Dereinsanzeiger

- Karlsruhe.**
 - FZA, Jugend. Heute abend 8 Uhr Jugendversammlung in der Gumbriushalle. 8990
 - Naturfreunde, Winterparteiabteilung. Heute abend 8 Uhr Vortrag im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung. Schifffahrtsteilnehmer erscheinen. 8994
 - WGB, Karlsruhe, Durlach, Ettlingen. Heute Montag, 14. Dezember, abends 7 Uhr beginnend, findet in unserm Volkshaus der 11. Vortrag des Bildungsprogramms statt. Kollege Sigmund, Vorsitzender der Ortskrankenkasse Karlsruhe, spricht über die Krankenversicherung nach dem neuesten Stand. Nicht nur Krankendelegierte, Betriebsräte und Vertrauensleute, sondern alle Mitglieder unserer Organisationen haben durch Vorzeigen ihres Verbandsausweises Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. 8998

Die Polizei berichtet:

Selbstmord

Am Montag früh wurde eine verheiratete 42 Jahre alte Frau von hier auf den Schienen der Magandahn tot aufgefunden. Die Unfälle, die an Schwermut litt, hatte sich vom Zug überfahren lassen, wobei ihr Arm und Bein vom Kumpf getrennt wurden.

Mauüberlauf

Am Sonntag abend versuchte ein unbekannter Täter in der Dürmerstraße einem 26 Jahre alten Fräulein die Sandtische, die sie unter dem Arm trug, gewaltsam zu entreißen. Auf die kräftige Gegenwehr der Ueberfallenen hin ließ der Täter ab und ging flüchtig.

Erledigung einer Vermittlungsangelegenheit

Der im Polizeibericht vom Samstag als vermißt gemeldete 15 Jahre alte Matorlehrling wurde im Stadt Krankenhaus hier ermittelt. Er war am 10. d. M. infolge eines epileptischen Anfalls dorthin eingeliefert worden.

Dem Schnellrichter vorgeführt

In der Nacht vom Sonntag wurde ein Polizeibeamter in der westlichen Kaiserstraße gegen Kuehlerer einmarschieren. Einer derselben verweigerte dem Beamten die Namensnennung und beleidigte ihn mit unflätigen Worten. Seiner Festnahme schickte er lebhaften Widerstand entgegen und ließ dabei den Beamten in die linke Hand. Nur mit Hilfe eines zweiten Beamten und Anwendung aller Körperkraft konnte der Ueberfallene nach der Wache am Mühlburoer Tor gebracht werden, von wo er noch in der Nacht in das Bezirksgefängnis eingeliefert wurde.

Einbrüche und Diebstähle

Sonntag nacht stiegen unbekannte Täter durch ein eingedrücktes Kellerfenster in die Kellerräume eines Hauses Ede Kriegs- und Kirchstraße ein, wo sie aus zwei Kellern etwa 20 Kasserle entwendeten und eine Flasche Selt tranken. Den Rückweg nahmen die Täter mittels einer vorhandenen Leiter wieder durch das eingedrückte Kellerfenster. — In der Nacht vom Montag beobachtete eine Polizeistreife in der Kaiserstraße, daß sich ein Mann an einem der auf dem Parkplatz am Montag stehenden Wagen in verdächtige Weise zu schaffen machte und unter anderem die Motorhaube öffnete. Als er diese plötzlich fallen ließ und in Richtung Stephaniensstraße davonlaufen wollte, vertrat ihm der Beamte den Weg und leitete den Verdächtigen zur Rede. Dieser gab vor, an dem Kraftwagen „Herumgepielt“ zu haben. Der Beamte nahm ihn mit zu dem Kraftwagen, wo er feststellte, daß die Kühlerverföhrschraube fehlte. Auf Vorhalt wandte der Täter ein, daß zunächst der Beweis seiner Täterschaft zu erbringen sei. Das machte keine Schwierigkeiten, da er, wie die körperliche Durchsuhung ergab, die Verföhrschraube in der rechten Manteltasche hatte und somit als Dieb überführt war. — Einem Maler wurde am Sonntag abend in einem Kaffee in der Kaiserstraße ein Gehrodpalet mit Schal und Glasbandstücken im Wert von 180 M. dem Garderobebeländer weg entwendet.

In der Wohnung eines Ingenieurs in der Kriegsstraße erschien am Sonntag nachmittags ein Bettler, den die Hausfrau in ihre Wohnung nahm und ihm dort ein Mittagessen verabreichte. Einige Zeit später stellte der Ehemann fest, daß seinem an der Flurgarderobe aufgehängten Mantel die Brusttasche entwendet war. Nach einigem Suchen fand er sie unter einem Stuhl im Flur auf; von dem Inhalt fehlten jedoch 39 Mark. Inzwischen hatte der großmütige Bettler 120 Mark unberührt gelassen.

Aus einem Möbelgeschäft in der Erbprinzenstraße entwendete ein unbekannter Täter eine Flurgarderobe im Wert von 65 Mark.

Einer Frau wurde am Samstag nachmittags während des Einkaufs in einem hiesigen Warenhaus ein Geldbeutel mit 18 Mark Inhalt aus der Manteltasche gestohlen.

Am Hauptbahnhof wurde am Sonntag früh ein 24 Jahre alter Reisender festgenommen, der von der Staatsanwaltschaft Mannheim wegen Diebstahls zur Verhaftung ausgeschrieben war.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mittel- und Südstadt
Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr in der „Gumbriushalle“ wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die 4. Rotverordnung und ihre Auswirkung für die Arbeiterkassen. Referent Gen. Karl Böhringer. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Arbeiterwohlfahrt
Heute Montag, 14. Dezember, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung in der Geschäftsstelle, Karl-Friedrich-Straße 22. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele für Schule und Volksbildung, gemein. Ges. m. b. H., Zentrale Karlsruhe.

In einem der größten Lichtspielhäuser Mannheims, dem Nord-Theater, geben die Badischen Lichtspiele 2. H. das Filmwerk „Im weißen Rössl“ als Gastspiel. Der gute Besuch, den die Vorstellungen bis jetzt aufweisen, ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Vorstellungen der Badischen Lichtspiele sich auch in den übrigen großen Städten Badens wachsender Beliebtheit zu erfreuen beginnen.

Einige interessante Zahlen über den Film „Im weißen Rössl“ möchten wir unserer verehrten Leserschaft nicht vorenthalten: Im Mannheims Nord-Theater lief dieser Film schon seit über drei Monaten ununterbrochen, und zwar 3 St. im 1sten Theater der badischen Hauptstadt. Auch in anderen Städten ist der Erfolg dieses Filmes durchschlagend, so z. B. in Nürnberg und Frankfurt, wo der Film bereits in der vierten bzw. fünften Woche vor ausverkauften Häusern gezeigt wird.

Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Leitung der Badischen Lichtspiele sich entschlossen haben, dieses von köstlichem Humor sprühende Filmwerk dem Karlsruher Publikum nicht vorzuenthalten. Wie wir erfahren konnten, soll das „Weiße Rössl“ ab Weihnachten hier im Konzertsaal gezeigt werden. Vielleicht entschließt sich die Direktion, zu diesem Film — wie bei der „Blauen Adria“ — Charaktertänze auf der Bühne mit zu setzen; es wäre dies eine angenehme Weihnachtsüberbahrung für die Freunde der Badischen Lichtspiele.

Schmerzbüchse

Die Schmerzbüchse, die von jeder eifrig bemüht waren, allen Wünschen ihrer Kunden gerecht zu werden, sehen auch diesmal wieder an erster Stelle mit einer ganz neuen Errungenschaft unserer modernen Technik, nämlich der Erfindung von Höranschlüssen für Schwerhörige. — Es ist wohl kaum der Mühe wert, den Namen der Schmerzbüchse zu nennen, und sehr viele von diesen vom Schicksal benachteiligten Menschen sind heute dankbar. — Allen diesen Freunden des Filmes und auch den Schmerzbüchsen ist nun geholfen, denn diese neueste Erfindung ermöglicht es auch jedem Schwerhörigen, die Wunderwelt des Tonfilmes atemlos voll und ganz genießen zu können. Die Direktion der Schmerzbüchse hat trotz der Schwere der heutigen Zeit keine Untoten gescheut und nach genauer Prüfung sich zu dieser Neuentdeckung entschlossen. Vorläufig sind in der größten Anzahl mit diesen Höranschlüssen ausgerüstet, und braucht nur jeder Kunde, der davon Gebrauch machen will, um mittels dem Tonfilm folgen zu können, an der Kasse seinen Wunsch zu äußern, wonach er sofort auf den entsprechend eingerichteten Platz geführt wird. Der Kunde braucht nur einen der besten und leisesten Kopfhörer aufzusetzen, und wird erkannt sein, welche Freude und vielseitigen Genüsse nun auch ihm der Tonfilm bieten wird.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Zählungen (Sitzung vom 9. Dezember)

Durch den Vorsitzenden wurde zuerst die Ehrung des Herrn Dr. Löffler für seine ständige Tätigkeit als Gemeindevorstand vorgenommen und ein Diplom überreicht. Die vorliegenden Rechnungsbefehle in Einnahme bzw. Ausgabe gewiesen. Einem Antrag wegen Nachlass des Wassergeldes wurde, da die Begründung berechtigt, entsprechend verabschiedet. Ein Gesuch um Zurückziehung der angekündigten Pflanzungsmaßnahmen und Stundung der Rückstände von 1929 wurde zurückgestellt, da die Begründung fehlte. Von einem Schreiben des Kreisverbandes bez. Altpetramen Kenntnis genommen. Der Abfall in den Distrikten der Holzauerei soll in 22 Lose geteilt und unter den Ausgezeichneten verlost werden. Ein weiterer Ausgezeichneter, der durch öftere Trunkenheit öffentliches Vergernis erregt, soll eine Mahnung durch das Bezirksamt erhalten. Sollte die Mahnung fruchtlos sein, muß ebenfalls Wirtschaftsverbot ausgesprochen werden.

Weihnachtsverkauf bei W. Bolander

Haben Sie schon nach dem Ansehen der Firma W. Bolander gesehen, daß heute wiederum in derselben Ecke unserer Zeitung erscheint? Es ist dies eine richtige Sparte, denn wenn Sie diese Dinge kaufen, sparen Sie wirklich eine ganze Menge Geld. Also bitte immer wieder nachsehen, ob Sie nicht wieder ein neues Angebot der Firma Bolander in der Sparte entdecken. Die Firma Bolander gibt seit heute bei jenem Kauf reisende Serientafeln von Filmläusen aus, die gesammelt werden können und von denen immer wieder neue Aufnahmen erscheinen. Sonntag zwischen halb 5 und 6 Uhr kommt auch wieder der Weihnachtsmann zur Bescherung der Kinder, also Grünsüßes, und die Firma Bolander wieder mal aufzuheben.

Bestell den Wahren Jacob!

DU LIEST SO VIEL

BÜCHER, PRESSE, REKLAME — ALLES STÜRMT AUF DICH EIN — DU MUSST LESEN, LESEN!

LIEST DU AUCH DAS RICHTIGE?

DENN IN DEINER FREIZEIT SOLLST DU DEINE LEKTÜRE SELBST BESTIMMEN!



DER WAHRE JACOB DIE JRZ DIE FRAUENWELT

DAS WITZBLATT DER ARBEITERSCHAFT ILLUSTR. REPUB. ZEITUNG DAS SOZIALIST. FAMILIENBLATT MIT DEN BEILAGEN; BEISSENDE IRONIE UND HEITERES LACHEN AUF BETONT REPUB. GRUNDLAGE WER WEISS RAT, GUT, APPETIT, FÜR UNS. KINDER 16 SEITEN STARK, VIERFARBENDRUCK 20 SEITEN STARK, KUPFERTIEFDRUCK MODETEIL, ROMANBEILAGE, VIERFARBENDRUCK

Dieser Bestellzettel ist abzutrennen und einzusenden!
An
VOLKSFREUND-BÜCHERHANDLUNG
KARLSRUHE/BADEN
28 Waldstraße 28

Hiermit bestelle ich die vierzehntäglich erscheinende Zeitschrift
— Expl. „DER WAHRE JACOB“ Preis 30 Pf.
— Expl. „FRAUENWELT“ A Preis 35 Pf.
— Expl. „FRAUENWELT“ B mit Schnitt Preis 45 Pf.
die wöchentlich erscheinende Zeitschrift
— Expl. JRZ (Illustr. Republikan. Zeitung) Preis 20 Pf.
ab für drei Monate u. laufend weiter, wenn nicht
10 Tage vor Ablauf eines Vierteljahres Abbestellung erfolgt
(Wohnort, Straße, Hausnummer) (Eigenthündige Unterschrift)

